

24. Juli 1918

161

Kriegszielpolitik und serbische Frage.

Von Hermann Wendel, Mitglied des deutschen Reichstages.
Wir geben hier unserem reichsdeutschen Genossen, einem vortrefflichen Kenner des Balkans, das Wort, ohne im einzelnen alle seine Ansichten für uns zu übernehmen.

Als sich die Budapestener Regierung unlängst gegen die Kriegszielerklärung der ungarischen Sozialdemokraten in Stockholm wendete, sprach sie von Serbien als von einem Staatswesen, das „durch die Erwedung von Haß, durch Anfachung von Aufständen und durch ein System von Mordmorden Jahre hindurch unser Vaterland in seiner Existenz bedroht und dadurch den Krieg unvermeidlich gemacht hat“.

Natürlich ließen sich auch Stimmen aus Serbien anführen, die mit ähnlichen Vorwürfen gegen Oesterreich-Ungarn nicht lachten, und es ermangelt immerhin nicht des Interesses, sich die Auffassung solcher Serben über das Verhältnis zwischen ihrem Vaterland und der Donaumonarchie zu vergegenwärtigen, die zu der Regierungskreisen und zu der herrschenden ultradirekten Partei in schroffster Gegnerschaft standen. Der frühere Ministerpräsident Alexanders I., Dr. Vlado Georgewitsch, bei aller reaktionären Gesinnung doch ein kluger Kopf, war in Serbien als strammer Austrophile geradezu verrufen. In der Tat hatte er...

geographischen Lage Serbiens den Schluß gezogen, daß nur freundschaftliche Beziehungen zu Wien seinem Lande eine wirtschaftlich und politisch gedeihliche Zukunft sichern könnten. Unermüdet kämpfte er deshalb auch nach seinem Rücktritt ins Privatleben in Wort und Schrift für eine österreichisch-serbische Annäherung, um endlich, nach der Krise von 1913, enttäuscht und verbittert, mit der kleinen Schrift „Quo vadis, Austria?“ einen dicken Strich durch sein ganzes Lebenswerk zu ziehen und zu erklären, daß ihm jetzt, als altem Manne, die Todfeindschaft der österreichischen Politik gegen alles, was serbisch oder kroatisch ist, zum Bewußtsein gekommen sei. Wie Georgewitsch, so hat auch die serbische Sozialdemokratie allezeit gegen den unheilvollen Einfluß des Zarisismus in Serbien angekämpft und ebenso entschlossen gegen alle militaristischen und chauvinistischen Ausschweifungen der am Ruder befindlichen Kreise Front gemacht. Aber auch sie erkannte eines Tages, daß Serbien auf der Richtlinie der österreichisch-ungarischen Eroberungspolitik liege, und warf dieser Politik vor, daß sie mit allen Mitteln den Zusammenschluß der Balkanstaaten zu hindern suche, daß sie ihnen nur so viel Entwicklungsfreiheit lassen wolle, als für die Ausdehnung des österreichisch-ungarischen Kapitalismus notwendig sei, und daß sie insbesondere Serbien durch Handelsverträge in eine schlechtere Lage zu Oesterreich-Ungarn zu bringen strebe, als eine Kolonie dem Mutterland gegenüber hat. Es wäre zu weitläufig, zu erörtern, inwiefern diese Vorwürfe berechtigt seien oder nicht; nur als Stimmungsmoment werden sie hier verzeichnet.

Auf derselben Linie mag die Feststellung liegen, daß die Kreise in Deutschland, die sich — abseits von der Sozialdemokratie! — mit Balkanfragen beschäftigen, nicht alle Schuld an der Verschlechterung der Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien der Politik des Herrn Paschitsch aufbürden. In der Tat war kurz vor Ausbruch des Weltkrieges namentlich das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und Serbien so eng geknüpft wie nie. Wie sich in München eine Kommissionsbank für die Einfuhr serbischer Landeserzeugnisse nach Deutschland gebildet hatte, so berief Serbien deutsche Beamte in die Verwaltung, gründete ein Generalkonsulat in Berlin, eine Handelszentralagentur in Hamburg, Handelsniederagenturen in Berlin und München, bestellte Lokomotiven bei deutschen Fabriken und übertrug einer deutschen Gesellschaft den Bau wichtiger Eisenbahnen in den neu erworbenen Gebieten, und nichts deutete angesichts der nachdrücklichen Friedensarbeit Serbiens auf wirtschaftlichem Gebiet im Jahre 1914 darauf hin, daß das Land als Sturmböck der Entente gegen die Mittelmächte gebraucht werden sollte. Noch nach Kriegsausbruch rühmte die „Balkanrevue“, eine Zeitschrift der deutschen Balkanexportinteressenten, daß Serbiens „wirtschaftliche Entwicklung nach dem Balkankrieg in erster und intensiver Friedensarbeit bereits erstaunliche Fortschritte gemacht“ habe. Und über den Zusammenhang zwischen Wirtschaftspolitik und Kriegssursachen schrieb 1916 Dr. Gustav Stolper im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“:

Es ist heute auch in Deutschland schon allgemein bekannt, welcher starken Anteil an den Ursachen des Krieges die unglückliche Handelspolitik Oesterreich-Ungarns gegenüber den Balkanstaaten gehabt hat. Sie hat — neben der ungarischen Nationalitätenpolitik — Rumänien den Mittelmächten entfremdet und in Serbien der russophilen Propaganda den Nährboden bereitet, auf dem allein so verhängnisvolle Erfolge erwachsen konnten.

Daß solches in Deutschland, wie die angesehene wissenschaftliche Zeitschrift feststellt, allgemein bekannt ist, wird auch österreichische Leser interessieren.

Aber die Vorgeschichte des Krieges und die Schuld am Kriegsausbruch ist schließlich unerheblich für das, was werden soll. Wichtiger und wesentlicher ist auch für das Kriegsziel gegenüber Serbien, daß es auf der Linie des Erreichbaren und in der Richtung eines dauernden Friedens liege. Nun ist auch nach den großspurigen Erklärungen der „Neuen Freien Presse“ immer noch in dichtes Dunkel gehüllt, wie die Kriegsziele Oesterreich-Ungarns eigentlich aussehen; aber wenn nach einer hochoffiziösen bulgarischen Erklärung aus dem Herbst 1915 Bulgarien von den Mittelmächten für seine Neutralität ganz Mazedonien und für seine Teilnahme am Kriege die Herstellung einer unmittelbaren Grenze mit Oesterreich-Ungarn an der Donau zugesichert erhielt, so läßt sich sagen, daß schon dieses Ziel nur durch einen Gewaltfrieden, nie durch einen Verständigungsfrieden durchzusetzen sein würde, ganz abgesehen von den Ansprüchen auf den Dobru und den Plänen mit einem „selbständigen“ Albanien. Denn für Serbien bedeutete es die Zustimmung zum Selbstmord, wenn es sich damit einverstanden erklären wollte, daß längs der Donau, etwa mit der südlichen Grenze Loznitza—Sajtschar, aus kernserbischem Gebiet ein Korridor herausgeschnitten und zur Hälfte österreichisch-ungarisch, zur Hälfte bulgarisch wird. Allerdings mag es ausgeruhete Köpfe geben, die damit rechnen, daß Serbien in der Tat als Heeresmacht und als Staat erledigt ist, und deshalb als Ziel aufstellen: mit Rußland einen Verständigungsfrieden, mit Serbien einen Gewaltfrieden! Das aber sind haltlose Einbildungen, die zu grausamen Enttäuschungen führen müssen. Wenn das zaristische Rußland ein kaltherziger Ausbeuter Serbiens war und, je nach seinen politischen Zwecken, das unglückselige Land aufnahm oder fallen ließ, so wird das demokratische Rußland ein aufrichtiger Freund Serbiens sein, von dem Laveleye schon sagte, daß es wie kein anderes Land als demokratisches Staatswesen bezeichnet werden könne, und wird nie und nimmer dulden, daß der Friede auf seine Kosten geschlossen wird. Wer die Vernichtung oder Schwächung Serbiens als Kriegsziel ins Auge faßt, muß auch den Gewaltfrieden auf der ganzen Linie ins Auge fassen — ein Drittes gibt es nicht!

Wir Sozialdemokraten halten nur den Verständigungsfrieden für möglich und nützlich, und ein Verständigungsfriede muß auch zu einer ganz anderen Lösung der serbischen Frage kommen. Einmal liegt diese Lösung auf dem Felde der inneren Politik Oesterreich-Ungarns, denn einer der kitzlichsten Punkte des serbischen Problems war immer, daß in den Grenzen der Donaumonarchie weit mehr serbisch sprechende Südslaven wohnen als in den Grenzen des Königreiches Serbien und daß dieses für jene eine gewisse Anziehungskraft besaß. Hier schafft eine andere Nationalitätenpolitik in Oesterreich-Ungarn Wandel. Wenn Südslaven im Rahmen Oesterreich-Ungarns ebenso ruhig und friedlich leben sollen, trotzdem es ein Königreich Serbien gibt, wie Deutsche in demselben Rahmen leben, trotzdem es ein Kaiserreich Deutschland gibt, ist die erste Voraussetzung, daß die Südslaven im Habsburgerstaat gleichen Rechtes neben Deutschen und Magyaren stehen. Längst sind die Zeiten vorbei, da die Südslaven geduldige und stumpfsinnige Hinterlassen der deutschen und ungarischen Herren waren. Wir schreiben mit großen und deutlichen Schriftzügen zwanzigstes Jahrhundert und mit demselben Recht fordern heute die Südslaven ihren Platz an der Sonne wie die Ungarn um die Mitte

des neunzehnten Jahrhunderts. Dem muß die Neuordnung Oesterreich-Ungarns auf demokratischer Grundlage Rechnung tragen! Es darf ferner nicht mehr angehen, daß jemand sehnsüchtig nach dem Königreich Serbien hinüberschaut, weil sein Stammesgenosse dort mehr politische Rechte genießt als er; es muß künftig der Widerspruch fallen, daß der böhmische Bauer den serbischen Bauern wegen seiner besseren und freieren sozialen Lage beneidet! Wird auf solcher Grundlage neu gebaut, dann erschließen sich reichere Entwicklungsmöglichkeiten für die österreichisch-ungarischen Südslaven, weil sie einem größeren Staatswesen angeschlossen sind, als für die in Serbien, von Montenegro ganz zu schweigen. Statt daß Belgrad dann wieder die Rolle des Magneten und Agram und Sarajewo die der Eisenstücke spielen, kann der Schwerpunkt südslavischer Kulturbestrebungen künftig in Oesterreich-Ungarn liegen, wie schon einmal in früheren Jahrzehnten Neufuß der Drempunkt des serbischen Geisteslebens gewesen ist.

Unter diesen Voraussetzungen aber wäre es töricht, die Serben von der Donau wegzudrängen, statt die Donau als Mittel friedlicher Annäherung zwischen den beiden Staaten auszunützen. Ueberhaupt heißt die Herstellung einer gemeinsamen österreichisch-ungarisch-bulgarischen Grenze an der Donau Gegenwertbündnissen allzu sehr Ewigleitswert beimessen, und die Erfahrungen mit unseren „Bundesgenossen“ Italien und Rumänien sollten da doch vorsichtig stimmen. Außerdem müßte ein von der Donau weggedrängtes Serbien der Todfeind Oesterreich-Ungarns bleiben, während Serbien als Anrainer und Nutznießer dieses wichtigen Wasserweges über kurz oder lang zu einer Annäherung an seinen westlichen Nachbarn gezwungen wird. Denn der gegebene Absatzmarkt für Serbiens Landeserzeugnisse ist der industrielle Teil Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, und der gegebene Weg dahin wird künftig in noch höherem Maße als vormem die Donau sein. Noch heute gilt, was Dr. Milowanowitsch einst als Unterhändler bei den österreichisch-serbischen Handelsvertragsverhandlungen sagte: „Im Süden und Osten von Ländern desselben wirtschaftlichen Charakters umgeben, ist Serbien mit seinem ganzen Export nach Norden, auf Oesterreich-Ungarn und durch dieses auf Süddeutschland angewiesen. Alle Handelsverträge, welche Serbien mit anderen Staaten außer Oesterreich-Ungarn und Deutschland abgeschlossen, sind wertlos.“ Das freilich wollen die serbischen Patrioten von heute nicht wahrhaben, und da zwischen den Ländern und Völkern jetzt Meere von Blut und Berge von Haß stehen, ist es seelisch begreiflich, daß jene alle Möglichkeiten einer künftigen Annäherung an Oesterreich-Ungarn und Deutschland von der Hand weisen und auch ihr wirtschaftliches Heil von England, Frankreich, Italien und Rußland erwarten. Die serbischen Blätter erwecken längst eingefargte utopische Gedanken wie den des Donau-Morawa-Wardar-Megaeis-Kanals wieder zu neuem Leben, eines Kanals, dessen Länge auf 612 Kilometer, dessen Kosten auf 322 Millionen Franken veranschlagt wurden und der Serbien aus der Umklammerung der österreichisch-ungarischen Wirtschaftspolitik befreien soll. Die Geschichte des serbisch-englischen Schlachthauses während des Handelskrieges mit Oesterreich-Ungarn zeigt, wohin derart künstliche Pläne führen.

Sei dem wie es will, freundschaftliche Handelsbeziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien können auf die Dauer nur dann gedeihen, wenn sich jeder der beiden Teile zugleich als Gebender und als Nehmender fühlt. Die Handelspolitik, die Oester-